



MARXISTISCHER
STUDENTEN-
BUND

SPARTAKUS

FÜR EIN DEMOKRATISCHES BILDUNGSWESEN

KUNDGEBUNG 16 UHR AUDI MAX

DEMONSTRATION

NACH EIMSBÜTTEL 17 UHR

Trotz der Notsituation in allen Ausbildungsbereichen bleibt die "erste Priorität der Bildung" im neuen Bundeshaushalt eine leere Phrase. Der Löwenanteil fließt wieder einmal in die Rüstung. Trotz der Verträge von Moskau und Warschau, die eine Verringerung der Rüstungsausgaben möglich und notwendig machen.

Dieser Bildungsnotstand soll nicht abgeschafft, sondern verwaltet werden. An den Hochschulen durch das Hochschulrahmengesetz (HRG) an den Schulen durch das Schulverwaltungsgesetz (SVG). Erste Vorgriffe auf das noch nicht verabschiedete Hochschulrahmengesetz werden in Hamburg bereits unternommen: siehe die neue Prüfungsordnung für Lehrer und das Hochschulentwicklungsgesetz.

Diese Gesetze widersprechen dem Interesse der Schüler und Studenten und der werktätigen Bevölkerung, nach einer qualifizierten Ausbildung. Um die zu erwartende Protestwelle abzufangen und unerwünschte Reibungsverluste zu vermeiden versuchen die Herrschenden die konsequentesten Vertreter der Interessen der Schüler und Studenten zu isolieren. Darum die Hetzkampagne gegen DKP und SPARTAKUS, darum die Berufsverbote für Holzer, Henne, Laux und Nürnberg.

Vorgestern veröffentlichte nun der Senat in seiner Pressemitteilung folgende grundsätzliche Entscheidung:

"Der Senat hat in einer Grundsatzklärung festgestellt, daß die Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit bei politischen Aktivitäten des Bewerbers in rechts- und linksradikalen Gruppen unzulässig ist."

Folgende Presseerklärung wurde daraufhin von uns herausgegeben:

"Nach dem grundgesetzwidrigen Vorgehen gegen einzelne Demokraten ... hat der Senat in seiner 'grundsätzlichen Entscheidung' vom 23.11.71 nun eine Großoffensive gegen die gesamte demokratische Opposition gestartet. Dabei benutzt er wieder einmal die abgenutzte Gleichsetzung von 'rechts' und 'links' um seine Zielsetzung zu verschleiern. Jedem ist aber klar, und die Zugehörigkeit der bisher Betroffenen beweist es, gegen wen diese Entscheidung gerichtet ist: nämlich gegen Vertreter solcher Gruppen und Parteien, die entschieden gegen das Rechtskartell, das verstärkte Auftreten der Neofaschisten und fortschrittsfeindlichen Kräfte kämpfen. Von den reaktionären Vertretern ist bisher niemand mit einem Berufsverbot belegt worden.

Diesen neuen Gipfelpunkt der Unterdrückung der demokratischen Opposition in Hamburg durch den Beschluß des Senats werden wir auf das entschiedenste bekämpfen. Trotz aller Versuche des Senats, den MSB SPARTAKUS von den Studenten zu isolieren, trotz der Hetze der bürgerlichen Meinungsindustrie, voran die Springerpresse, trotz des Beschlusses, unsere Mitglieder durch Verweigerung ihrer Einstellung in den Staatsdienst einzuschüchtern unter offener Verletzung des Artikel 3 des Grundgesetzes, trotz alledem sind wir politisch stärker denn je.

Wir fordern alle demokratischen und fortschrittlichen Gruppen, Parteien, Verbände und Einzelpersonlichkeiten auf, die Entscheidung des Senats - auch unter Inanspruchnahme der Gerichte - so lange zu bekämpfen bis sie zurückgenommen ist und mit der verfassungswidrigen Unterdrückung von Demokraten Schluß gemacht ist. Wir müssen der tagtäglichen Aushöhlung der Grundrechte und der Zerstörung der Demokratie entschlossenen Widerstand entgegensetzen. Nicht die von der Entscheidung des Senats Betroffenen haben das Grundgesetz verletzt, sondern der Senat mit seinem bisherigen Verhalten und seiner Grundsatzentscheidung."

Kommt alle zur Demonstration. Kämpft mit uns gegen die verfassungswidrige Unterdrückung von Demokraten!

Wir fordern:

- RUNTER MIT DER RÜSTUNG - MEHR GELD FÜR DIE BILDUNG
- SOFORTIGE RATIFIZIERUNG DER VERTRÄGE VON MOSKAU UND WARSCHAU
- FÜR FREIE POLITISCHE UND GEWERKSCHAFTLICHE BETÄTIGUNG AN SCHULEN UND HOCHSCHULEN
- FÜR EIN DEMOKRATISCHES BILDUNGSWESEN